

Haushalt der Stadt Braunschweig 2016

Neue „Stadtregierung“ aus SPD, Grüne und Bibs beschließt im Finanz-und Personalausschuss:

- **Schwerpunktsetzung aus Ära Hoffmann wird weiter geführt**
- **Kita-Entgelte werden eingeführt**
- **Sozialabbau wird forciert**
- **Privatisierungen laufen weiter**

In einer Pressemitteilung vom 1. März titelt die Braunschweiger SPD-Fraktion: „Erfolgreiche Haushaltsberatungen im Finanzausschuss“. Doch erfolgreich war die Abstimmung nur für die neue „Stadtregierung“ aus SPD, Grünen und BIBS. Für die Braunschweigerinnen und Braunschweiger wird der Haushalt 2016 eine Katastrophe.

Besonders leiden werden die Arbeitnehmer- und Angestelltenhaushalte mit Kindern. Mit der Wiedereinführung der Kita-Entgelte entscheidet sich die neue Ratsmehrheit für eine kinder- und frauenfeindliche Politik. Gleichzeitig ist von den versprochenen Qualitätssteigerungen in den Kitas nichts zu spüren. Ganz im Gegenteil, auch im Fachbereich Kinder und Jugend werden Sparmaßnahmen beschlossen. Und für die Zukunft kündigt der SPD-Vorsitzende Bratmann schon mal an, dass die Kindergartenentgelte mittelfristig die Einnahmesituation stabilisieren werden. Sprich: In Zukunft soll der Besuch der Bildungseinrichtung Kindergarten noch teurer werden.

Sogar einstimmig wurde im Ausschuss die Anhebung der Grundsteuer beschlossen. Nur die Linksfraktion ist dagegen, hat im Ausschuss aber nur beratende Stimme, kein Stimmrecht. Sie ist gegen eine Anhebung der Grundsteuer, weil diese das ohnehin schon sehr teure Wohnen in Braunschweig weiter verteuert und voll auf die Mieten durchschlägt. Auch hiervon sind gerade Arbeitnehmer- und Angestelltenhaushalte betroffen. Eine solche Anhebung steht auch im Widerspruch zur beschlossenen Mietpreisbremse.

Abgelehnt wurden vom Ausschuss hingegen alle haushaltsentlastenden Anträge der Linksfraktion. Mit einer 2%tigen Erhöhung der Gewerbesteuer, einer Abgabe für die Hoteliers, den Verzicht auf die weitere Bezuschussung des Flughafens und anderer Anträge könnte der Haushalt um 6 Mio. Euro entlastet werden. Doch dies wurde von der neuen Stadtregierung und der CDU – die allesamt keine haushaltsverbessernden Anträge stellten – abgelehnt.

Unangetastet blieb die Grundstruktur des Haushaltes wie sie unter dem ehem. OB Hoffmann eingeführt wurde und bis heute Bestand hat. Eine Vervielfältigung der Ausgaben für Wirtschaft, Stadtmarketing und Spaßbad in den letzten Jahren und gleichzeitig ein völlig unterfinanzierter Sozialbereich. Nun kommen Steuererhöhungen, Kita-Entgelte und ein neues Sparpaket hinzu. Gleichzeitig sollen allein in diesem Jahr rund 90 Mio. € neue Schulden gemacht werden. Und auch die Privatisierungen sollen weiter laufen. Der Antrag der Linksfraktion über eine Rekommunalisierung der Versorgungs-AG durch die Neuvergabe der Konzessionsverträge, wurde abgelehnt. Initiativen von anderen Fraktionen, um erfolgte Privatisierungen rückgängig zu machen, gab es nicht.

Dazu erklärt der Vorsitzende der Linksfraktion im Rat der Stadt Braunschweig, Udo Sommerfeld: „Es ist klar, dass wir einem solchen Haushalt nicht zustimmen werden. Und schon bei der Kommunalwahl am 11. September können die Bürgerinnen und Bürger darüber entscheiden, ob sie den Kurs der neuen Stadtkoalitionäre richtig finden oder eine bessere Lastenverteilung und mehr soziale Gerechtigkeit bevorzugen. Für die zweite Variante steht ausschließlich DIE LINKE.“

Nachfolgend einige Beschlüsse der neuen „Stadtregierung“

Antragsteller	Sachverhalt	Ergebnis
DIE LINKE	Wohnungslosenberatung Iglu, 3.500 € plus	abgelehnt
DIE LINKE	Frauenberatungsstelle, 5.000 € plus	abgelehnt
DIE LINKE	Mütterzentrum, 27.900 € plus	abgelehnt
Bibs	Mütterzentrum, 27.900 € plus	abgelehnt
Bibs	Netzwerk Gemeinsam Wohnen, 3.000 € plus	abgelehnt
DIE LINKE	Radio Okerwelle, 40.000 € plus	abgelehnt
DIE LINKE	6. IGS	abgelehnt
DIE LINKE	Zuschuss Flughafen streichen, 1,3 Mio. € weniger	abgelehnt
DIE LINKE	Anhebung Gewerbesteuer, 3 Mio. € Mehreinnahme	abgelehnt
DIE LINKE	Kulturförderabgabe Hoteliers, 0,5 Mio. € Mehreinnahme	abgelehnt
DIE LINKE	Keine Kita-Entgelte	abgelehnt
DIE LINKE	Übungsleiter Breitensport, 180.000 € mehr	abgelehnt
DIE LINKE	Rekommunalisierung Versorgungs AG	abgelehnt
Bibs	VSE e.V., 5.700 € mehr	abgelehnt
Bibs	Planschbecken Waggum	abgelehnt
Bibs	Zuschuss Stadtmarketing verringern	abgelehnt
Bibs	Verzicht auf Gewinn Nibelungen Wohnbau	abgelehnt
Grüne	Keine Gebührenerhöhung Sportstätten	abgelehnt
DIE LINKE.	Austritt Allianz für die Region, 180.000 € weniger	abgelehnt
Verwaltung	Erhöhung Zuschuss Allianz für die Region, 30.000 € mehr	beschlossen
Verwaltung	Anhebung Grundsteuer, 5 Mio. € Mehreinnahme	beschlossen
Verwaltung	Städtepartnerschaften Veranstaltungen, 3.000 € weniger	beschlossen
Verwaltung	Anhebung Entgelte für Nutzung Dorfgemeinschaftshäuser	beschlossen
Verwaltung	Anhebung Parkgebühren, 280.000 € Mehreinnahmen	beschlossen
Verwaltung	Einsparung beim Bürgerservice, 76.300 € weniger	beschlossen
Verwaltung	Einsparung bei der Feuerwehr, 35.200 € weniger	beschlossen
Verwaltung	Zuschuss Gospelkirchentag, 100.000 € mehr	beschlossen
Verwaltung	Einsparung bei Arbeitssicherheit FB Zentrale Dienste, 8.000 €	beschlossen
Verwaltung	Einsparung bei Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter	
	Fachbereich Zentrale Dienste, 40.000 € weniger	beschlossen
	Fachbereich Schule, 5.000 € weniger	beschlossen
	Stadtarchiv, 1.500 € weniger	beschlossen
	Allgemeine Erziehungshilfe, 30.100 € weniger	beschlossen
Verwaltung	Erhöhung der Gebühren für die Musikschule, 20.000 € mehr	beschlossen
Verwaltung	Erhöhung der Gebühren für die Stadtbibliothek, 25.000 € mehr	beschlossen
Verwaltung	Kürzung Kita-Sachkostenförderung, 85.000 € weniger	beschlossen
Verwaltung	Kürzung Baby-Begrüßungsdienst, 51.000 € weniger	beschlossen
Verwaltung	Kürzung Verkehrsplanung, 19.900 € weniger	beschlossen
Verwaltung	Erhöhung Friedhofsgebühren, 120.000 € mehr	beschlossen
Verwaltung	Erhöhung Gebühren für Sportstätten, 50.700 € mehr	beschlossen
Verwaltung	Kündigung Wildpfleger in Riddagshausen, 5.300 € weniger	
	(Der Wildbestand wird jetzt durch einen Jäger "reguliert")	beschlossen
Verwaltung	Kürzung Unterhaltungszuschüsse Sport, 45.100 € weniger	beschlossen
Verwaltung	Kürzung Lehrmittel Schulen, 50.000 € weniger	beschlossen
Verwaltung	Kürzung "Natur erleben" Riddagshausen, 2.100 € weniger	beschlossen
Verwaltung	Kürzung Wanderwege, 3.000 € weniger	beschlossen
Verwaltung	Kürzung grüne Stadtplätze, 2.200 € weniger	beschlossen
Verwaltung	Kürzung Radwege Neubau, 50.000 € weniger	beschlossen
SPD		
(vorher Bibs)	befristete Einstellung eines Biologen, 83.000 €/Jahr mehr	beschlossen